V-07-002 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Frank Schmuntzsch (KV Tempelhof Schöneberg)

Titel

Ändern in:
Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete gerade in Berlin schneller aufnehmen

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 2 bis 14:
~~Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an. Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos und Moria ist katastrophal. Aber auch auf dem griechischen Festland kann oftmals keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Griechenland kämpft noch mit den Konsequenzen der Finanzkrise und ist sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu. Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Es gibt nur 1000 altersgerechte Unterbringungsplätze für sie in ganz Griechenland. Deshalb leben mittlerweile tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz oder sind gar in Haft.~~

Streiche von Zeile 1 bis 56 und ersetze durch Globalalternative:

Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an und stranden an verschiedenen EU Außengrenzen.

Die Situation in überfüllten Flüchtlingslagern wie auf Lesbos, Samos und Chios oder an den osteuropäischen Landgrenzen ist katastrophal. So will die Regierung in Athen z.B. die großen Hotspots wie Moria schließen – die Situation, kurz vor dem Winter, gerät außer Kontrolle.

Oftmals kann keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Die Erstaufnahmeländer sind sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Aktuell leben tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz – oder sitzen als Illegale in Haft.

Wir brauchen endlich mehr Solidarität in Europa: Solidarität aller Mitgliedstaaten, um Geflüchtete menschenwürdig aufnehmen, unterbringen und versorgen zu können.

Wir begrüßen den Vorstoß von Bundesinnenminister Seehofer, 25% der Seenotgeretteten in Deutschland aufzunehmen und erwarten, dass seinen Worten nun schnell Taten folgen. Aber der Widerstand gegen diesen Vorschlag, von anderen EU-Staaten und aus Seehofers eigener Fraktion im Bundestag zeigt, dass wir eigene Anstrengungen unternehmen müssen.

Die Metropolen sind hier besonders gefragt. Berlin als internationales, freie und diverse Stadt im

Herzen Europas, muss beispielhaft sein. Berlin unterstützt die Forderungen der Seebrücke nicht nur, Berlin setzt sie um:

- Unterstützung von Aufnahmeprogrammen über die bestehenden Anordnungen hinaus.
- Aufnahme von Geflüchteten über die Quote des Bund hinaus.
- Aktive Unterstützung der Seenotrettung.

Die Ablehnungsquote von Asylanträgen lag in Deutschland in 2019 (bis Oktober) bei über 60%. Dies betrifft häufig auch Kinder und Jugendliche, die nicht zu hier lebenden Verwandten weiterreisen durften. Das EU-Resettlement Programm wird nicht angemessen umgesetzt, eine signifikante Erhöhung der Aufnahmeplätzen ist nicht in Sicht.

Berlin kann das besser.

- Berlin muss jetzt seinen Zusagen, u.a. aus der „Seebrücke", Handlungen folgen lassen und darf die Erstaufnahmeländer und die Geflüchteten nicht länger allein lassen.

- Berlin muss jetzt sofort seinen Beitrag leisten und zumindest Kinder, Jugendliche sowie Familienangehörige von nach Deutschland geflüchteten Menschen im Zuge der Dublin-III-Verordnung aufnehmen.

- Berlin muss die Bundesratsinitiative „die Aufnahme Geflüchteter ohne Zustimmung des Bundesministeriums zu ermöglichen" durchsetzen.

Deshalb fordern wir:

- Berlin soll als Zeichen der Solidarität, sofort 100 unbegleitete Minderjährige - ungeachtet des Herkunftslandes und des asylrechtlichen Status- aus Flüchtlingslager wie Vucjak oder Moria aufnehmen.

- Berlin soll darüber hinaus, unbegleitete Minderjährige und Verwandte von in Berlin lebenden anerkannten bzw. subsidiär geschützten Geflüchteten ungeachtet des Herkunftslandes aufnehmen.

- Berlin soll sein europaweites Städtenetzwerk gezielt nutzen, um eine zügige und nachhaltige Inklusion der Geflüchteten zu realisieren - über das Resettlement-Programm der EU hinaus.

- Berlin soll ein internationales Netz der „Solidarity Cities" anführen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass unbegleitete Jugendliche bzw. ihre Vormünd*innen unterstützt werden, damit sie schneller wieder mit ihren Familien vereinte, frei, ohne Angst und mit einer positiven Perspektive lebenden können.

Begründung

gesamter Antrag soll gelöscht werden, dafür Globalalternative ganz oben eingefügt.

Begründung für die zum V-07:

Wir wollen die Forderungen nicht auf in Griechenland lebende Geflüchtete einschränken. Wir wollen Berlin stärker in eine aktive Vorreiterrolle drängen. Die aktuellen Entwicklungen erfordern eine grundsätzlichere Herangehensweise.

weiterer Antragsteller: Notker Schweikhardt (LAG Kultur)